Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Der Volksfreund. 1901-1932
# 1905

66 (18.3.1905) Erstes Blatt

Visual Library

# Der Volksfreund

**Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.**

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:** Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

**Inserate:** die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

**Nr. 66.** **Erstes Blatt.** **Karlsruhe, Samstag den 18. März 1905.** **25. Jahrgang.**


**Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 2 Blätter mit zusammen 8 Seiten.**

## 18. März 1905.

Ein gesegnetes Jahr revolutionärer Erfahrung ist verflossen, seitdem die Völker Europas zum letztenmal die Totenfeier der bürgerlichen Revolution begingen. Eine fast sechzigjährige Periode der politischen Reaktion will, so scheint es fast, in den Frühlingsstürmen dieses Jahres ihr Ende finden. Noch stehen im inneren Kriege Rußlands beide Schalen gleich; die russische Revolution hat noch nicht gesiegt; aber sie ist auch noch nicht unterlegen; sie wird, sie kann nicht mehr unterliegen. Die Zukunft Rußlands steht bei ihr. Unter tausend Flüchen der beleidigten Menschheit ist die Vormacht der internationalen Reaktion auf den Feldern von Mukden zusammengebrochen, und das russische Reich steht nur noch vor der Wahl, kraftlos, von niemand mehr gefürchtet, in seinem eigenen Kote zu verwesen, oder sich durch die kraftvolle Tat seines Volkes über die Reihe der Kulturstaaten emporzuheben. Rußland kann nicht mehr leben ohne eine demokratisch-proletarische Volksbewegung; sein Schicksal ist die furchtbarste Entlarvung aller aristokratischen und bürgerlichen Patrioten, die in der Beschneidung der Volksrechte, der Verteidigung der Monarchie, der Unterdrückung der Geistesfreiheit alles Heil der Zukunft suchen; sein Schicksal hat den Beweis geliefert, daß alle absolutistische Regierung, mag sie von einer Familie, einer Clique, einer Kaste, einer Klasse ausgehen, aufgehört hat, regierungsfähig zu sein, und daß nur die vollendete Demokratie das Lebenselixir und der Jungbrunnen aller Völker ist.

Noch hält die preußisch-deutsche Reaktion trotzig ihre laten Positionen. Aber auch sie fühlt, daß sie sich seit dem schmachvollen Untergang ihres besten Kameraden auf die Verteidigung beschränken muß. In dem Lager jener, die die Beseitigung des Reichstagswahlrechts und die Scharfmacherei gegen die Sozialdemokratie geschäftsmäßig betrieben, ist es merkwürdig stille geworden. Das ist keine Stille der Vorbereitung, sondern eine angstvolle Pause der Verlegenheit. Gelänge es dem Zaren, mit Hilfe seiner Soldateska die Macht des alten Rußland nach innen und außen noch einmal wiederherzustellen, dann würde sich ein Strom kontrerevolutionärer Bestrebungen von Osten her abermals über das Deutsche Reich ergießen. Aber jeder Tag bringt den preußischen Zarenfreunden neue Schreckenskunde. Die größte Militärmacht der Welt und ihr furchtbarster Polizeistaat unterliegt dem unsichtbaren Bunde, den eine verhältnismäßig kleine auswärtige Macht mit den Kräften der revolutionären Bewegung geschlossen hat! Eine schier unbegreifliche aber desto schrecklichere Erscheinung für jene, die in der größten Anzahl von Soldaten den besten Schutz nach außen, im stärksten Polizeidruck den besten Schutz nach innen zu sehen gewohnt sind.

Uns andern aber, den vorwärts drängenden, hoffenden Geschlechtern hat der Sturm im Osten alle Wolken des Pessimismus weggeweht, die so oft — gestehen wir es nur — schwer herniederhingen. Die geschlossenen Gewaltorganisationen der Klassenstaaten schienen sich wie eherne Mauern allen Anstürmen der menschlichen Vernunft und der neuen Gerechtigkeit entgegenzutürmen. Manche Niederlage ward knirschend ertragen, hundertmal siegte der Unsinn der Gewalt über die Gewaltlosigkeit des Geistes. Die gewaltige Zuversicht, die uns eine große Weltanschauung gibt, ward oft getrübt von den vorübergehenden Eindrücken des Tages. Das Wort „Revolutionär" schien seinen guten Klang verloren zu haben und nur mehr als altüberkommenes Erbteil in verwandeltem Sinne brauchbar zu sein.

Die Ereignisse in Rußland bedeuten darum eine Wiedergeburt des revolutinären Gedankens, oder wenigstens seine Wiedereinsetzung in die alten Rechte. Was revolutionäre Volksbewegungen von sonstigen politischen Strömungen unterscheidet, das ist nicht nur die Weite des gesteckten Ziels, sondern auch die größere Freiheit in der Wahl der Mittel, die unbefangene Erkenntnis, daß physische Gewalt zum letzten Ende nur durch aktiven oder passiven Widerstand bekämpft werden kann.

Die revolutionäre Bewegung der Gegenwart unterscheidet sich von allen früheren nicht nur durch die Tiefe ihrer Selbsteinsicht, sondern auch durch den großen Reichtum der Mittel, über den sie verfügt. Die Ereignisse der letzten Zeit haben es deutlich bewiesen, daß nicht bloß die Kraft der herrschenden im Staate organisierten Klassengewalt, sondern auch die Widerstandskraft des Volkes seit den letzten Kämpfen der bürgerlichen Revolution mächtig gewachsen ist. In keinem Lande der Welt ist die regierende Macht imstande, das freie Wort in den dunklen Kerker vergangener Jahrhunderte völlig zurückzuzwingen. Wohl vermag sie an einzelnen Personen für die revolutionäre Propaganda Rache zu nehmen, sie aufzuhalten vermag sie nicht mehr. Kommt es aber zu augenblicklich drängenden Entscheidungen, so beweist sich die Waffe des intermittierenden politischen Streiks mindestens ebenso wirksam, wie die alte Methode der Barrikadenkämpfe, deren Wirksamkeit in historischer Betrachtung ohnehin leicht überschätzt wird. Gegen ein zahlreiches reguläres und seinem Dienste treu bleibendes Militär haben regellose Volksmassen noch nie etwas Ernstes auszurichten verstanden. Die Strategie des Straßenkampfes war nicht erst veraltet, als sie Engels in seiner Vorrede zu den „Klassenkämpfen in Frankreich" kritisierte, sondern schon damals, als sie im Jahre 1848 zur Anwendung kam.

Die Anwendung der brutalen menschenmordenden Gewalt, mit der die Menschen seit Jahrtausenden ihre Streitigkeiten entschieden haben, die aber den sittlichen Begriffen der Revolutionäre widerstrebt, kann ohnehin nur noch bei so außerordentlichen Verhältnissen in Frage kommen, wie sie heute in Rußland vorliegen. Die Entscheidung dieses Kampfes wird auch über die Brauchbarkeit dieses äußersten und letzten Mittels der Verzweiflung wichtige neue Aufschlüsse geben. Aber an der Tatsache, daß ein zusammenbrechendes Staatswesen durch die Macht des Militärs und der Polizei nicht aufrecht erhalten werden kann, wird dadurch im letzten Grunde nichts mehr geändert werden können. Wer zweifelt an dem „Sieg", den die trunkenen Gardisten des Zaren am 22. Januar über das Volk errungen haben? Aber wer glaubt ernstlich, daß durch diesen Sieg das Ansehen und die wirkliche Regierungsgewalt des Zaren gefestigt worden sei?

* * *

Nicht nur in Rußland, auch in Italien und Deutschland hat die revolutionäre Taktik des Klassenkampfes, wenn auch nicht volle Erfolge, so doch durchaus ermutigende Resultate geliefert.

In Italien hat sich ein neues Kampfmittel, die Obstruktion der Eisenbahner, fürs erste trefflich bewährt. Sie hat eine arbeiterfeindliche Gesetzgebung zum Stillstand gebracht und ihren verantwortlichen Urheber gestürzt. Es war ein Stück fröhlicher Revolution, das Italien da erlebte, und wenn die Erfahrungen, die mit dieser neuen Methode gemacht werden sollen, auch noch nicht abgeschlossen sind, so haben sie für die Zukunft doch manche sichere Anregung gegeben. Die Politik der Nadelstiche hat sich als revolutionäre Methode immer noch besser bestätigt, denn als kontrerevolutionäre: tausend kleine Verlegenheiten werden für die Behörde leicht zu einer großen, die den ganzen Apparat in Unordnung bringt. Die heikle Organisation des modernen Staates und der modernen Wirtschaft setzt ein williges Sicheinfügen aller Einzelnen in das große Ganze voraus, wie es sich im alltäglichen Leben rein instinktiv, fast herdenmäßig ohne jede weitere Ueberlegung vollzieht. Wo an die Stelle dieser unbewußten Unterordnung unter den Gesamtzweck das Bestreben tritt, die Erreichung dieses Gesamtzwecks durch millionenfache Anwendung von Millionen kleiner Mittel bewußt und planmäßig zu stören, hört aber jede geordnete Funktion des Staates und der Wirtschaft auf. Dafür hat Italien ein Beispiel gegeben, und es hat zugleich gezeigt, wie der tote Buchstabe des Gesetzes planmäßig zum Rebellen gegen dessen Geist gemacht werden kann.

Schließlich hat in Deutschland der große wirtschaftliche Kampf der Kohlengräber als ein politischer Kampf geendet. Die Behauptung, daß die Arbeitseinstellung ein veraltetes Kampfmittel sei, ist widerlegt worden durch den Reichstag, der die Berechtigung jener Forderungen, die die Sozialdemokratie namens der Streikenden erhob, notgedrungen anerkannte, sie ist sogar widerlegt worden durch die königlich preußische Staatsregierung, deren Arbeit zwar nur wenig in der Richtung, desto mehr aber im Tempo von dem Streik beeinflußt wurde. Auch hier hat es sich als eine glückliche Methode bewährt, den Kampf nicht bis zum Weißbluten durchzuführen; die in Permanenz erklärte Streikgefahr bedeutet für die kapitalistisch interessierten Kreise den Schrecken ohne Ende und bleibt ein dauernd wirksames Zwangsmittel in der Hand des Proletariats.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat niemals das Wesen der Revolution, so wie es die bürgerliche Klasse zu tun pflegt, mit einer bestimmten besonders eindrucksvollen Erscheinungsform, nämlich mit dem blutigen Kampfe der Gewalten, verwechselt. Das schützt sie vor mancher Torheit und mancher Enttäuschung. Nicht der ist in unserem Sinne ein Revolutionär, der unter großen Redensarten auf die Straße eilt und blindlings Löcher in die Luft schießt. Der Revolutionär in unserem Sinne ist vielmehr ein klar bewußter Politiker, der in der Verfolgung seiner großen Ziele auch seine Mittel örtlichen und zeitlichen Umständen anzupassen weiß. Und in diesem Sinne darf es wohl gesagt werden, daß die Revolution der Gegenwart an verhaltener Spannkraft, bewußter Energie und darum auch an Größe ihrer Aussichten die Revolution der Vergangenheit weit überragt.

Nicht um die Ehre jener zu mindern, die vor siebenundfünfzig Jahren für die Sache des Volkes starben, ist das alles gesagt worden. Die Ehre der toten Revolutionäre lebt in der lebendigen Revolution. In siebenundfünfzig Jahren ist ihr Hauch nie heißer gefühlt worden als im März 1905.

## Politische Uebersicht.

### A Bebel-Bülow.

So oft der Kanzler des deutschen Reiches, wie es am Donnerstag wieder geschah, seine Beredtsamkeit mit der unseres Genossen Bebel mißt, eilt die bürgerliche Presse herbei, um in ihrer Würde als Kampfrichter reiche Lorbeerkränze auf das Haupt des Siegers zu drücken, der natürlich in keinem Falle ein anderer als Bernhard Graf Bülow ist. „Der Herr Reichskanzler hatte wieder einmal seinen guten Tag . . ." „Graf Bülow sprach mit ausgezeichneter Laune und brachte die Lacher auf seine Seite . . ." „Der Herr Reichskanzler verstand es, mit glücklichem Humor die Behauptungen des Sozialistenführers ad absurdum zu führen."

Dieser stereotype Vorgang, der sich mit größter Pünktlichkeit auch diesmal wieder abspielt, verdiente kaum der Erwähnung, würde sein Bild nicht abschreckend zurückwirken müssen auf die Art, in der sich die sozialdemokratische Presse mit den Vorgängen im Reichstage auseinandersetzt. Es ist natürlich unendlich leicht und eine erfreuliche Annäherung an die Wahrheit, wenn man den Spieß umdreht und den Reichskanzler allemal als den Unterlegenen, den sozialdemokratischen Wortführer aber als den Sieger darstellt. Zum mindesten wird man in aller Bescheidenheit bemerken dürfen, daß dem Genossen Bebel eine gewisse parlamentarische Gewandtheit zu eigen und daß es darum nicht leicht glaubhaft ist, daß er nichts besseres zu tun wisse als allemal gegen die vorgestreckte Lanze des fabelhaft geschickten, geistreichen, gewandten, immer im Recht befindlichen Gegners anzurennen. Es darf auch in aller Bescheidenheit weiter gesagt werden, daß der parlamentarische Beruf des sozialdemokratischen Wortführers durch das Vertrauen einer Millionenpartei immer doch besser legitimiert sei als der eines Reichskanzlers, der doch schließlich unter den heutigen Verhältnissen nur der Vertrauensmann eines einzigen Mannes, nämlich des regierenden Kaisers, ist. Unter solchen Umständen dürften die parlamentarischen Siegerbulletins, die die Regierungspresse pünktlich nach jedem Bebel-Bülow-Duell verbreitet, schwerlich viel mehr Vertrauen finden, als die berühmten Kriegsdepeschen des Generals Ssacharow aus der Mandschurei.

Es fällt uns natürlich nicht ein, uns mit der bürgerlichen Presse ernstlich in den Kinderstreit einzulassen, wer von den beiden „besser" gesprochen habe. Denn nichts ist gleichgiltiger als das! Die Bedeutung einer parlamentarischen Debatte nach den Witzchen zu beurteilen, die dem einen oder dem anderen Redner gelungen sind, kann nur der berufsmäßigen Oberflächlichkeit der bürgerlichen Presse beifallen. Die Kernfrage bleibt doch immer die, welche von zwei Reden den im Volke herrschenden Stimmungen besser Ausdruck gibt, welche in der Oeffentlichkeit lebhafteren Widerhall findet, welche darum unter allen Umständen die politisch wirksamere bleibt. Die Frage der Person, der Stimmung, der Zufälligkeiten einer Debatte bleibt völlig außer dem Spiel, nicht um Formen, sondern um Sachen handelt es sich hier.

Darum hat es gar keinen Sinn, mit der bürgerlichen Presse etwa darüber zu streiten, welcher von Zweien sein Sprüchlein hübscher heruntergesagt habe. Was Bebel am Donnerstag und Vollmar am Mittwoch über das Verhältnis Deutschlands zu Rußland gesagt hat, das wird von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes, weit über die sozialdemokratischen Kreise hinaus, als durchaus richtig und berechtigt anerkannt. Der Reichskanzler aber könnte ein siebenfacher Demosthenes und den sozialdemokratischen Rednern an parlamentarischer Geschicklichkeit ebenso überlegen sein, wie er unseres Erachtens hinter ihnen zurücksteht — er würde deshalb doch nicht aus Schwarz Weiß zu machen vermögen. Es hat sich in diesen Debatten um eine „res judicata", eine bereits abgeurteilte Sache ge-

---

## Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. v. Sarauw.

30) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Er sprach in breitem, überlegenem Ton und wohlgesetzten Zeitungsphrasen, und da er sich als Herr der Situation fühlte, warf er mit einer Menge von Fremdwörtern und lateinischen Sentenzen um sich, indem er entwickelte, daß alle hier Versammelten Teile seien der großen Staatsmaschine, öffentlich angestellte Personen, Glieder in der Kette von Männern, „zu welchen die Nation mit Vertrauen und Ehrfurcht aufblickt."

Darauf nahm seine Rede einen höheren Schwung, indem er kurz die Bedeutung des Beamtenstandes für das Land entwickelte, und immer höher und höher steigend, erreichte er schließlich die „Spitze des Systems" und schloß mit einem feierlichen: „Meine Damen und Herren! Auf das Wohl Sr. Majestät des Königs!"

Der Toast ward mit Begeisterung getrunken. Fräulein Eveline sah den Redakteur von der Seite an, sie konnte aber nicht recht klug daraus werden, ob er wirklich feierlich gestimmt war oder nur die ganze Gesellschaft zum besten hatte.

Nun trat der Obergerichtsbote Paalsen auf mit einem Toast auf den Minister Bennechen, worauf Moh mit einem Toast auf das Vaterland antwortete, dann gedachte einer der Eisenbahnbeamten der Vereinigung Norwegens mit Schweden und der Hafenaufseher der Damen.

Plötzlich aber rief der Feldwebel mit seiner Kommandostimme: „Achtung! Kein Geschwätz im Gliede, ehe der Braten verzehrt ist! Man kann ja vor lauter Reden keinen ordentlichen Mundvoll bekommen!"

Diese Worte entfesselten die Lustigkeit vollständig und ein schallendes Gelächter ertönte über den ganzen Tisch hin. Auch Christine lachte. Dennoch schielte sie halb ängstlich an ihrem Mann vorbei zu Madame Glunde hin, die sich hinten überbeugte und laut auflachte, so daß die Tränen an ihrer kleinen fetten Nase vorbeirollten.

Madame Grüner, die bisher am Essen nur genippt hatte, machte sich jetzt nachdrücklich an den Braten, weil sie sah, daß gar niemand ihre stillen Demonstrationen beobachtete.

Madame Grüner blieb ebenso mürrisch wie zuvor und ihr Tischnachbar hatte für nichts anderes Sinn, als Knudsen im Auge zu behalten. Und während er Glas auf Glas trank, flüsterte er Madame Grüner gehe mnisvoll zu: „Mit mir hat es keine Not, sehen Sie! Aber Knudsen da drüben, der ist bloß probeweise angestellt, sehen Sie, und ich soll auf ihn Acht geben . . . Knudsen!" rief er dann mit immer steigernder Kraft, je länger die Mahlzeit dauerte.

Beim Dessert war die Munterkeit ganz allgemein geworden und der Lärm nahm mit jeder Minute zu, je mehr der Wein das Blut erhitzte.

Der Obergerichtsbote Paalsen, ein anerkannter Humorist, gab auf allgemeines Verlangen verschiedene Gesellschaftskünste zum Besten, so konnte er zum Beispiel wie ein Hahn krähen, sich auf die Wange klopfen, daß es einen Laut gab, als ob man aus einer Flasche einschenke, die Ohren auf- und niederbewegen und noch manches andere.

Es kam Christine vor, als ob dies nicht ganz schicklich wäre. Bei einem Hochzeitsfest, meinte sie, dürfe es doch nicht so ausgelassen hergehen.

Aber als nun der Wirt Paalsen für seine Bemühungen danken wollte, nannte er ihn aus Scherz „Herr Obergerichtspräsident!"

Diesen Witz griff der Redakteur gleich auf und rief dem Feldwebel laut zu: „Herr General Knoff! Wollen Sie mir die Ehre erzeigen, ein Glas mit mir zu trinken?"

Erst stutzte die Gesellschaft, aber bald fand man den Witz köstlich und führte ihn bei allen Herren durch. Der Schornsteinfeger Lunde zum Beispiel avanzierte zum Oberinspektor und Moh zum Minister.

Christine aber war froh, daß man sich nicht um sie kümmerte. Dagegen konnte sie nicht begreifen, daß die Gesellschaft vor Lachen ganz außer sich geriet, als Paalsen sich an Fräulein Nielsen mit der Anrede: „Frau Minister!" wandte.

„Danke, Herr Präsident!" erwiderte Eveline und ward ein wenig rot; gleich darauf aber lachte sie und flüsterte Mortensen einige Worte zu.

Der Oberinspektor Lunde bemühte sich, einen Titel für Madame Glunde zu finden; sie aber schrie und hielt sich die Ohren zu. General Knoff wollte dem Polizeimeister Andersen, der mit starren Augen dasaß und Knudsen fest anblickte, zutrinken. Und als der General sich kein Gehör verschaffen konnte, ergriff er mit militärischer Entschlossenheit ein Stück Apfelsine und warf es über den Tisch. Unglücklicherweise traf es Madame Grüner ins Gesicht.

„Sauer gegen sauer!" rief Präsident Paalsen.

Madame Grüner wollte fort, was ihr kaum zu verdenken war; und der Polizeimeister und der Eisenbahndirektor mußten sie mit vereinten Kräften zurückhalten.

Man vergaß indessen bald den unangenehmen, kleinen Auftritt, da Fräulein Eveline auf einen guten Einfall kam. Sie nahm das rote Papier von einem Knallbonbon und steckte es Mortensen ins Knopfloch.

Alles, was sich an bunten und blanken Sachen auf dem Tische befand, ward nun zu Dekorationen für die Herren verwandt und es wurde schließlich eine überaus glänzende Gesellschaft. Auf Mortensens Vorschlag wurde beschlossen, noch bei Tische Kaffee zu trinken und Zigarren zu rauchen, „so wie man es in Paris macht." Der Lärm nahm jetzt so überhand, daß man kaum noch seine eigenen Worte hören konnte. Es ward ein wilder Kankan von großen Titeln, die über den Tisch hin und her flogen und unaufhörlich hieß es: General! Eisenbahndirektor! Hafeninspektor! Präsident! Minister! Und dazwischen brüllte der Polizeimeister Andersen: „Knudsen!"

Es ward Christine immer unbehaglicher zu Mute. Sie sah über den Tisch nach beiden Seiten hin und schämte sich darüber, wie es hier aussah, große rote und braune Flecken von Wein und Sauce, Blumen und Gurkensalat, Rosinenstengel, Zigarrenasche, Apfelsinenschalen, zusammengedrückte Servietten und Stücke von Makronenkuchen — alles wild durcheinander zwischen Gläsern und Flaschen. Die Gesichter leuchteten wie ein Kranz von Bauernrosen; die Damen lachten und die Herren schrien einander zu, ganz über den Tisch gebeugt, während der Rauch der Zigarren sich mit den Ausdünstungen der Speisen und dem Geruch von Kaffee vermischte.

Christine sah ihren Mann mehrmals fragend an; er lächelte aber beruhigend und flüsterte ihr etwas zu, das sie nicht verstand. Er sprach wieder einmal so undeutlich.

Als die Gesellschaft endlich vom Tische aufstand, ward ihr das Zimmer neben dem Speisesaal bald zu eng und Madame Glunde ging daher ohne weiteres durch die Küche und das Vorzimmer und öffnete die Türen der übrigen Zimmer.

Diese waren nur halb möbliert, Spiegel und Kronleuchter waren mit Ueberzügen versehen und die Fenster überstrichen. Aber dies kühle Halbdunkel war gerade sehr angenehm und die Gesellschaft verteilte sich in alle Zimmer.

Das Fortepiano ward geöffnet und das jüngste Fräulein Lunde trug das Lied vor: „Sie ging mit ihm am Strande."

Man konnte hören, daß sie die „neueste Methode" gelernt habe, wie ihre Mutter sagte, denn sie sang; „mihehit ihehim ahaham Strahahande."

Dann ereignete sich ein kleiner Auftritt am Fortepiano, weil Madame Glunde durchaus das Lied: „Es standen zwei Mädchen und pflanzten Kohl" singen wollte, während Fräulein Lunde sich entschieden weigerte, „derartige Gesänge" zu begleiten.

(Fortsetzung folgt.)

handelt und was Vollmar und Bebel gesagt haben, war keine Anklage mehr, sondern die Publikation eines Urteils, das fast das ganze deutsche Volk unterschrieben hat.

Wenn Graf Bülow in selbstgefällig witzelnden Redefloskeln über den kaum verdeckten Abgrund tänzelt und die bürgerliche Presse dazu Triumph aus voller Brust schreit, so ist das nichts anderes, als ein fast zu Mitleid stimmender Versuch, sich über den wirklichen Stand der Dinge hinwegzutäuschen. Jeder ehrliche und anständige Mann bebt vor Zorn über die würdelose Haltung, die die deutsche Regierung dem Zarismus gegenüber einnimmt und gerade in vielen bürgerlichen Kreisen, deren Weltanschauung für dieses traurig-schändliche Spiel keine Erklärung weiß, wird aus Gründen der „nationalen Ehre" der gegenwärtige Zustand der Dinge doppelt schmerzlich empfunden. Angesichts solcher Tatsachen liest es der deutsche Reichskanzler in der ihm ergebenen Presse mit lächelndem Vergnügen, daß er am Donnerstag wieder einmal „in vorzüglicher Laune" gewesen sei und die Lacher auf seine Seite gebracht habe. Der Herr Reichskanzler nimmt die Weltgeschichte immer von ihrer scherzhaften Seite; von welcher Seite wird sie ihn nehmen?

## Aus Baden.

* **Die Wahlkreis-Einteilung in den größeren Städten.** Durch das Gesetz vom 24. August 1904 über die Wahlkreis-Einteilung für die Landtagswahlen ist bestimmt worden, daß in den Städten Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Pforzheim und Heidelberg die Abgeordneten künftighin nicht mehr vom gesamten Wahlkörper, sondern in besonderen Wahlkreisen gewählt werden sollen. Demgemäß ist Mannheim in fünf, Karlsruhe in vier, Freiburg in drei, Pforzheim und Heidelberg in je zwei Wahlkreise einzuteilen. Nach § 2 des genannten Gesetzes erfolgt diese Einteilung durch landesherrliche Verordnung nach Anhörung der Stadträte, um später, längstens bis zum 1. Juli 1912, durch Gesetz geordnet zu werden. Bei der Bildung der Wahlkreise soll — so bestimmt das Gesetz weiter — auf tunlichste Gleichmäßigkeit unter Berücksichtigung der Zahl der Einwohner und der Wahlberechtigten Bedacht genommen werden. Die Wahlkreise müssen in sich zusammenhängend und tunlichst abgerundet sein.

Es erhellt aus diesen Bestimmungen, wie die „Volksstimme" schreibt, daß die Wahlkreiseinteilung in den genannten 5 Städten nicht gerade eine einfache und leichte sein, sondern daß sie ziemlich Zeit in Anspruch nehmen wird und, falls parteiliche Willkürlichkeiten vermieden werden sollen, auch längerer Vorarbeiten bedarf. Umso mehr ist es zu verwundern, daß bis zum heutigen Tage — also höchstens sieben Monate vor dem mutmaßlichen Wahltermin — noch nicht das Geringste darüber verlautete, daß da oder dort Anstalten zur Durchführung der Arbeiten getroffen worden sind. Wogegen die Wählerschaft jetzt schon mit aller Entschiedenheit Protest einlegen muß, das ist die Eventualität, daß man die Bevölkerung der genannten Städte sozusagen in zwölfter Stunde mit einer Abgrenzung der Wahlkreise überrumpelt, an der mangels der erforderlichen Zeit dann nichts mehr geändert werden kann. Statt dessen sollte man sich an den in Betracht kommenden Stellen bemühen, die Vorschläge bezw. Entwürfe zur Wahlkreiseinteilung so zeitig fertigzustellen, daß nach ihrer Bekanntgabe der öffentlichen Kritik noch hinreichend Zeit bleibt, ihr Urteil darüber zu fällen, auf etwaige Mängel aufmerksam zu machen und Anregungen zu Verbesserungen zu geben. Wenn irgend einmal, so kann im vorliegenden Falle, wo es sich um eine Sache des Vertrauens zu den Maßnahmen der staatlichen und städtischen Behörden handelt, den letzteren selbst die kontrollierende Mitarbeit der weitesten Oeffentlichkeit nur erwünscht sein, um von vornherein allen späteren Angriffen die Spitze abzubrechen. Um dies zu ermöglichen und um der Wählerschaft Zeit zu geben, sich mit der Sache zu beschäftigen, darf u. E. mit der energischen Inangriffnahme der Einteilungsarbeiten nicht mehr länger zugewartet, müssen vielmehr schon in nächster Bälde von den berufenen Stellen, den Stadträten der fünf Städte, positive Vorschläge gemacht werden, die dann in der Oeffentlichkeit zur Diskussion zu stellen sind.

* **Für den Bezirk Bonndorf** wurde von den Nationalliberalen der bisherige Abg. Kriechle wieder als Kandidat aufgestellt.

## Deutsches Reich.

* **v. Einem kontra Möller.** In der Budgetkommission des Reichstags brachte am Donnerstag der Zentrumsabgeordnete Rören einen Fall zur Sprache, wie ein Vorarbeiter der Kolberger Militärwerkstätten gemaßregelt worden sei mit der ausdrücklichen Begründung, daß er bei den Landtagswahlen polnisch gewählt habe. Der preußische Kriegsminister Herr v. Einem gab zu, daß ein solches Verfahren unzulässig sei und versprach, den Vorgesetzten, der die Entlassung verfügt hatte, rektifizieren zu wollen.

Damit hat der preußische Kriegsminister für sein Ressort einen Grundsatz aufgestellt, der in jenem seines Kollegen, des Handelsministers Möller, nicht gilt. An den fiskalischen Gruben Schlesiens sind wiederholt Polenwähler entlassen worden. Es kam sogar vor, daß alte Bergleute, die 16 und 17 Jahre lang in fiskalischen Gruben gearbeitet hatten, nach ihrer Maßregelung untertänige Gesuche um Wiedereinstellung einreichten, die ausdrücklich zurückgewiesen wurden mit der Begründung, daß ihre polnisch-nationale Wahlbetätigung die Genehmigung ihres Gesuches unmöglich mache.

Es ist also entschieden ein „Fortschritt", wenn im Jahre 1905 ein preußischer Minister zugibt, daß der Staat kein Recht habe, den Arbeitern vorzuschreiben, wen sie wählen sollten. Hält das Tempo so an, so wird im Jahre Dreitausen preußischen Saatsfklaven am Ende auch die Wahl ihrer Zeitungslektüre und die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen gestattet werden. Für den Freisinn war daher der Donnerstag ein schöner Tag seines Lebens und Herr Müller-Sagan zerdrückte eine Träne in seinem Auge, als er dankbar die Tatsache anerkannte, daß ein preußischer Minister so großmütig sei, das Gesetz zu respektieren.

**Riesenzulagen für preußische Minister.** In dem Lande mit den niedrigsten Eisenbahnerlöhnen und dem Landarbeiterelend, wo man besondere Maßnahmen für erforderlich erachtet, dafür zu sorgen, daß die Löhne der Streckenarbeiter so niedrig bleiben, wie die der Landarbeiter, haben die Minister eine große Gehaltsaufbesserung eingeheimst. 36 000 Mk. bezogen sie bisher, **14 000** Mark sollen sie mehr erhalten, so daß sie nun 50 000 Mk. beziehen werden, außerdem sind auch ihre Pensionsbezüge erhöht worden. Das preußische Dreiklassen-Parlament hat auch die Ministerzulagen ohne Sträuben bewilligt. Nur der freisinnige Wiemer wagte einige schüchterne Einwendungen, der Herr v. Zedlitz hatte etwas an den Pensionsbestimmungen auszusetzen, sonst war man von der Notlage der Minister und der Notwendigkeit der Zulagen überzeugt. Wenn einmal Staatsarbeiter um Lohnzulagen nachsuchen werden, wird man die preußischen Dreiklassenmänner voraussichtlich viel zugeknöpfter finden.

## Ausland.

### Spanien.

ac. **Zur Krisis in Spanien.** Die Versprechungen der Regierung können nicht verhindern, daß die Krisis einen immer schärferen Charakter annimmt, namentlich in Andalusien. Die Präfekten von Malaga, Grenada, Sevilla und Cadix telegraphieren, daß die Bevölkerung in starker Erregung ist und daß die Lokalbehörden der Bewegung gegenüber ohnmächtig seien; sie könnten den Arbeitslosen weder Unterstützung gewähren, noch Arbeit zuweisen. Ebenso unfähig oder unwillig scheint die Regierung selbst zu sein, das einzige Mittel, das sie gegen Elend und Misere in Anwendung bringt, ist — die Entsendung von Truppen.

### England.

**Die Opfer der Heringsschlacht entschädigt.** Die Verteilung der von Rußland gezahlten Entschädigungssumme für die Opfer des Huller Zwischenfalls hat stattgefunden. Die Witwe des getöteten Kapitäns erhielt 100 000 Mk., während weitere 100 000 Mk. den Hinterbliebenen der beiden getöteten Fischer ausgezahlt wurden. Ein Fischer, dem die Hand abgeschossen wurde, erhielt 40 000 Mk. Der Rest von 640 000 Mk. ist unter die Eigentümer der in Grund gebohrten oder beschädigten Schiffe verteilt worden.

## Aus der Partei.

s. **50. Landtagswahlkreis (Durlach-Bruchsal.)** Am letzten Sonntag fand eine Sitzung des Agitationskomitees statt, um über wichtige Fragen zu beraten. Unter anderem wurden auch die von der Konferenz gefaßten Beschlüsse (Sammellisten betr.) zur Sprache gebracht. Da die Zeit der Wahlen immer näher heranrückt, möchten wir die Genossen des Wahlkreises dringend ersuchen, sobald als möglich ans Werk zu gehen, denn wenn man schießen will, braucht man Pulver. Darum Genossen, auf an die Arbeit! Diejenigen Ortschaften, welche noch vor Ostern eine Versammlung wünschen, möchten dieses sofort anmelden, beim Vorsitzenden Karl Boschert, Auerstraße 7 in Durlach. Ferner möchten wir den Genossen heute schon mitteilen, daß am letzten Sonntag im Juni oder am 1. Sonntag im Juli in Königsbach ein Volksfest, verbunden mit dem 10. Stiftungsfest des sozialdemokratischen Vereins Königsbach zu Gunsten der Wahlkreiskasse stattfindet. Wir machen die Parteigenossen heute schon darauf aufmerksam und bitten, das Komitee tatkräftig zu unterstützen.

**Bebel als Musterpatriot.** In der neuesten Nummer der „Humanité" finden wir folgenden Brief des Genossen Bebel an den Genossen Jaurès: „Lieber Kamerad Jaurès, Sie haben mir eine lustige Stunde bereitet, indem Sie mir die Artikel des „Temps" und des „Gaulois" schickten, in denen ich Ihnen als Musterpatriot entgegengestellt werde, um Sie in den Augen Ihrer Landsleute herabzusetzen. Aber nicht nur mir dürften diese Artikel eine Freude bereitet haben, sicherlich auch unseren Ministern, die daraus ersehen konnten, welch' ausgezeichnete Stütze ihres Systems der „Temps" und der „Gaulois" in mir erblicken. Unsere Feinde sind wahrhaftig komisch. In Deutschland werden Sie und Ihre Freunde uns stets als Muster vorgehalten, und in Frankreich merden wir Euch als Exemplare von Patrioten empfohlen. Der „Temps" und der „Gaulois" können sicher sein: seit die deutsche Sozialdemokratie in einem Deutschen Reichstag vertreten ist — und es sind jetzt 38 Jahre her —, hat sie nie für ein Militär- oder Marine-Budget gestimmt. Und zwar aus drei Gründen: 1. weil wir gar kein Vertrauen in die Vertreter des heutigen Staates haben, welche die Arbeiter als Bürger zweiter Klasse behandeln; 2. weil wir das System, das unserer militärischen Organisation als Grundlage diente, als antidemokratisch und volksfeindlich verdammen; 3. weil die finanziellen Mittel, mit denen das deutsche Kaiserreich die Militär- und Marine-Ausgaben bestreitet, aus den Zöllen und indirekten Steuern auf die Lebensmittel der Arbeiterklasse gezogen werden und somit ebenso ungerecht als drückend sind. Ich freue mich, lieber Genosse Jaurès, daß Sie in Ihren Artikeln in der „Humanité" den Gegnern die gebührende Antwort gegeben haben. Aber das wird umsonst sein. Wenn unsere Gegner einmal damit aufhörten, zu lügen und zu verleumden, wären sie am Ende ihres Lateins angekommen, und die letzte Stunde ihrer Herrschaft hätte geschlagen. Wenn Sie diese Zeilen veröffentlichen wollen, habe ich gar nichts dagegen einzuwenden. Mit kameradschaftlichen Grüßen Ihr A. Bebel."

## Soziale Rundschau.

△ **Bei den Durlacher Bauarbeitern** ist eine Lohnbewegung im Gange. Dieselbe hat den Herren Unternehmern schon manche unangenehme Stunde bereitet. Wie man die „Unzufriedenen" abfertigt, dafür gab der Herr Zimmermeister May seinen Kollegen ein Beispiel. Gleich nach Empfang der von den Zimmerern aufgestellten, sehr bescheiden gehaltenen Forderungen erklärte dieser Herr: „Ich unterhandle nicht und unterschreibe nichts; wer für den Lohn, den ich zahle, nicht arbeiten will, kann gehen." Bei der mit Herrn May gepflogenen Rücksprache sagte er, daß er sein Zimmergeschäft aufgebe und daß er, wenn die Zimmerleute nicht kündigen, selbst kündigen werde. Sechs Zimmerleute reichten darauf ihre Kündigung ein. Die bei Herrn May noch beschäftigten Schreiner sollten sich ebenfalls auf ihre Pflicht als Arbeiter besinnen und sich nicht betören lassen durch die paar Pfennige, die ihnen infolge der Arbeitsniederlegung der Zimmerleute zu ihrem spärlichen Lohn zugelegt wurden. Die Zustände, welche in dem Geschäft des Herrn Zimmermeisters May herrschen, werden am besten illustriert durch einen Ausspruch, den der verstorbene Vater des Herrn May einst getan hatte: „Auch ich habe als Zimmermeister mein Geschäft betrieben und es zu etwas gebracht, aber so habe ich meine Leute nicht drangsaliert."

Der Vorsitzende der Karlsruher Zahlstelle des Zimmerer-Verbandes bekam auch eine Probe zu kosten von der Art, wie Herr May mit den Leuten umgeht. Als er kam, um zu unterhandeln, fuhr ihn Herr May in barschem Tone an und sagte: „Ich lasse mich auf nichts ein, ich gebe mein Geschäft auf und wenn ich wieder Zimmerleute brauche, stelle ich auch Leute ein, die etwas können; die jetzigen verdienen nicht einmal 35 Pfennig." Wir möchten den Herrn May fragen, warum er denn diese Leute schon seit 9, 8, 3 und 1 Jahr beschäftigt, wenn sie ihm nichts verdienten? Jetzt, da diese Leute einig waren und bessere Arbeitsbedingungen verlangten, sind sie auf einmal nicht mehr recht. Welche „humane" Behandlung die Arbeiter sich von diesem Manne gefallen lassen mußten, geht daraus hervor, daß er einem alten Zimmergesellen, der 21 Jahre bei ihm gefrohndet hat und jetzt auch noch weiter arbeitet, einmal erklärt hat: „Wenn Sie mir nicht zu alt wären, würde ich Ihnen ein paar hinhauen." Kosenamen wie „Rindvieh" oder „Esel" sind bei diesem Meister auf der Tagesordnung. Herr May hatte erklärt, sein Zimmergeschäft aufgeben zu wollen. Warum aber hat er denn einem Zimmermann aus der Bruchsaler Gegend geschrieben, er solle sich am vorigen Sonntag bei ihm vorstellen? Dies ist ein Zeichen, daß Herr May das Geschäft nicht aufgibt. Die Zahlstelle Durlach des Zentralverbandes der Zimmerer hat aus diesem Grunde die Sperre über das Geschäft verhängt, bis sich Herr May herbeiläßt, mit der Lohnkommission zu unterhandeln.

## Gerichtszeitung.

* **Offenburg,** 17. März. Vor der hiesigen Strafkammer standen gestern der Weichenwärter Karl Fischer von hier, der Weichenwärter August Heuberger von Schutterwald und der Rangierobmann Franz Xaver Herr von Hofweier, welche angeklagt waren, das Eisenbahnunglück am 1. November 1904 in Offenburg verschuldet zu haben. Fischer wurde zu 3 Wochen Gefängnis, Heuberger zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Herr wurde freigesprochen.

## Badische Chronik.

* **Karlsruhe,** 18. März.

* **Das der heutigen Auflage beigegebene Flugblättchen** mit angehängtem Bestellschein auf den „Volksfreund" möchten wir unseren Genossen zur Beachtung dringend empfehlen. Mit dem Flugblättchen in der Tasche soll am morgigen Sonntag jeder Parteigenosse einen Freund oder Bekannten aufsuchen, der noch nicht Abonnent des „Volksfreund" ist.

**Einen Abonnenten** kann auf diese Weise bei einigermaßen gutem Willen jeder Genosse gewinnen. Wir erwarten, daß alle Genossen sich ihrer Pflicht und der Notwendigkeit einer möglichst weiten Verbreitung der sozialdemokratischen Presse bewußt sind. Der Erfolg kann dann nicht ausbleiben. Also vorwärts, an die Arbeit! Jeder mache sich zur Aufgabe, morgen

**dem „Volksfreund" einen Abonnenten**

zu gewinnen.

* **Der Karlsruher Götterbote-Korrespondent** behauptet zu wissen, daß das Gerücht von der Aufschiebung des Karlsruher Bahnhofbaues jeder Begründung entbehre. Wenn das wahr wäre, so würden wir uns nur freuen. Nun müssen wir aber die Zuverlässigkeit der Ammon'schen Informationen in diesem Falle stark anzweifeln. Wie es heißt, ist das Preisrichterkollegium, das am Donnerstag versammelt war, um die eingelaufenen 80 Entwürfe für die Fassade des künftigen Personenbahnhofes zu prüfen, unverrichteter Dinge wieder auseinandergegangen, weil der Bau des Bahnhofs auf unbestimmte Zeit verschoben sei. Der Herr Götterbote-Korrespondent wird es uns also einstweilen, so lange das Gerücht von der Verschiebung des Bahnhofbaues nicht von maßgebender Stelle dementiert wird, schon gestatten müssen, daß wir an dem festhalten, was wir geschrieben haben. Es läßt uns sehr kalt, wenn er den „Volksfreund" in seinem „Leiborgan" abzukanzeln versucht und uns gegenüber sich als gewissenhaften Zeitungsmenschen aufspielt. Er hat dazu am wenigsten den Beruf. Die „Gewissenhaftigkeit", mit der er im „Merkur" beispielsweise über Arbeiterfragen berichtet, haben wir schon öfters gekennzeichnet. Dümmeres Zeug, als dasjenige, das der Herr Götterbote-Korrespondent verzapft, kann wohl kaum auf's Papier gebracht werden.

Uebrigens gibt ja der Götterbote-Korrespondent selbst zu, daß die Zustände am Karlsruher Bahnhof keine Verschiebung des Neubaues mehr erdulden können. Damit wird doch gleichzeitig zugegeben, daß die bisherige Art der Behandlung dieser so wichtigen Sache den Verkehrsverhältnissen in Karlsruhe keineswegs förderlich war. Die Arbeiten könnten bedeutend weiter fortgeschritten sein, wenn sich unsere Eisenbahn-Bureaukratie den Anforderungen, die heute an eine solche Verwaltung gestellt werden, gewachsen zeigte. Das aber ist nicht der Fall, was die Spatzen übrigens seit Jahren von allen Dächern pfeifen. Daß man am grünen Tisch nichts nach dem Willen der Volksvertretung frägt, beweist die Tatsache, daß man es beispielsweise versäumt hat, den 2-Pfennigtarif für die 3. Klasse Schnellzug einzuführen, obwohl der Landtag sich einmütig dafür ausgesprochen hat. Wäre die Regierung dem nachgekommen, so wäre die Gefahr der Einführung der 4. Klasse in Baden endgiltig abgetan. So aber pfeift die Regierung in diesen für die Volkswirtschaft wichtigen Fragen auf das, was die Volksvertretung wünscht und schädigt damit die Interessen des gesamten badischen Volkes. Solche Zustände mögen ja Leuten à la Götterbotekorrespondent sehr genehm sein, uns sind sie es nicht und deshalb sprechen wir mit Fug und Recht von der Mißachtung der Volksinteressen und der Beschlüsse der Volksvertretung. Uebrigens ist es nicht schön vom Götterbotekorrespondent, daß er immer so über den „Volksfreund" loszieht; er verdient sich doch durch den „Volksfreund" des Jahres über ein schönes Stück Geld.

* **In den Streik eingetreten** sind am letzten Donnerstag die Schlosser, Hilfsheizer und Streckenarbeiter der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft. Den Schlossern und Hilfsheizern wurden am gleichen Tage 20 Pfg. pro Tag bewilligt und nahmen diese die Arbeit wieder auf, während die Streckenarbeiter, etwa 20 Mann, sich noch im Streik befinden. Am ersten Tag hatte man sofort Streikbrecher gefunden, die jedoch am andern Tag die Arbeit nicht wieder aufnahmen. Dieselben sind nämlich mit dem „horrenden" Lohn von 2.60 Mk. pro Tag entlohnt.

* **Die Spar- und Pfandleihkasse** schließt das Betriebsjahr 1904 mit einem Ueberschuß von 146 728,83 Mk. gegen 134 861,39 Mk. im Jahre 1903 ab. Das gesamte Einlagekapital betrug auf Jahresschluß 21 361 445,51 Mk. gegen 20 501 472,59 Mk. Ende 1903, das Reinvermögen 1 381 915,51 Mk. gegen 1 392 528,75 Mk., die Zahl der Einleger 28 666 gegen 27 130.

* **Das städtische Leihamt** soll aus dem Rathaus weg in einen auf dem Grundstück Schwanenstraße 8/16 zu errichtenden Neubau verlegt werden. Der Aufwand hierfür im Betrage von 120 000 Mk. soll aus Anlehensmitteln bestritten werden.

* **Der Eingang zum neuen Friedhof** soll mit Rücksicht auf die Erstellung einer Straßenbahn-Wartehalle verändert werden. Der vom städtischen Tiefbauamt hierfür vorgelegte Plan wurde vom Stadtrat gutgeheißen. Der für diese Aenderungen aufzuwendende Kostenbetrag (für die Pflasterung des neuen Droschkenhalteplatzes, für die Anlage von Bordsteinen und Rinnen mit Entwässerung, für Aenderung der Vorgärten bei den beiden Dienstwohngebäuden und für Abänderung der Einfriedigung) mit insgesamt 10 000 Mk. wird in den Entwurf des Gemeindevoranschlags für 1906 eingestellt.

* **Das städtische Vierordtbad** soll künftig geöffnet werden: In der Zeit vom 1. Mai bis 31. August vormittags 7 Uhr, in den Monaten April und September vormittags halb 8 Uhr und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März vormittags 8 Uhr. Den Schwimmbad-Abonnenten soll nach wie vor die Benützung des Bades schon eine halbe Stunde vor der allgemeinen Oeffnung der Anstalt gestattet werden.

* **Der Feuerbestattungsverein** hält seine heurige Mitgliederversammlung am nächsten Dienstag abends 6 Uhr im kleinen Rathaussaal ab.

* **Eine russische Vokalkapelle und ein russisches Orchester** war gestern Abend im Festhallesaal zu hören. Der Künstlertruppe ging ein guter Ruf voraus und wir fanden das Lob, das den Leistungen der Truppe anderwärts gespendet wurde, vollauf berechtigt. Madame Nadina Slavansky verfügt in der Tat über eine wohlgeschulte Vokalkapelle mit prächtigen Stimmitteln und ebenso über ein tüchtiges Orchester. Das Publikum nahm die Darbietungen mit sichtlichem Wohlgefallen auf und spendete der Truppe nach jeder Nummer reichen Beifall, so daß Madame Slavansky sich zu verschiedenen Zugaben verstehen mußte. Unter den Gesängen gefielen ganz besonders der Chor aus der Oper „Russalka", der russische Zigeunerwalzer und das „Ei Uchmen", das Lied der Schiffszieher auf der Wolga, das in einem fein wiedergegebenen Pianissimo ausklang. Schade war's, daß die Plätze im Parterre so mangelhaft besetzt waren. Die Leistungen der Künstlerschar hätten auch mehr klingende Anerkennung verdient, als sie ihnen am gestrigen Abend zuteil geworden sein dürfte.

* **Polizeibericht.** Am 15. ds. Mts., nachmittags, wurde im Durlacher Wald ein Mann aufgefunden, welcher ein Bein gebrochen hatte. Er wurde ins städtische Krankenhaus verbracht. Ueber den Hergang konnte der Mann noch nicht gehört werden, da er nach Angabe des Anstaltsarztes noch nicht vernehmungsfähig ist.

* * *

**Pforzheim,** 18. März.

**Ein Erfolg der Organisation.** Auf gütlichem Wege sind die in der Möbelfabrik Veihl u. Cie. ausgebrochenen Differenzen beigelegt worden. In der Fabrik, die bei den Arbeitern in weitem Umkreise in keinem guten Rufe stand, hatten sich im Laufe der Jahre Mißstände herausgebildet, daß es fast unmöglich war, länger auszuhalten, ohne nicht Schuldner des Fabrikanten zu werden. Das den Möbelarbeitern so bekannte „Defizit" war fast in jedem Lohnbuch zu finden. Kein Wunder, daß sich endlich die Kollegen aufrafften, um geordnete Verhältnisse zu schaffen. Dank der Geschlossenheit der Kollegen und nicht minder der vernünftigen Einsicht des Fabrikanten waren die Differenzen in Kürze zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt worden. Nachfolgend bringen wir die Abmachungen, deren Hochhaltung die Kollegen jetzt alle Aufmerksamkeit schenken müssen, wie auch eine strikte Einhaltung seitens des Fabrikanten allein imstande ist, das bei den Arbeitern so sehr geschwundene Ansehen der Fabrik wieder zu heben, zur weiteren Kenntnis.

1. Beginn der Akkordarbeit, nachdem sämtliches Holz maschinell zugerichtet und vom Zureißer fertiggestellt ist, sodaß die Akkordarbeit unverzüglich aufgenommen werden kann.

Für unverschuldete Zeitversäumnis wird der volle Lohn bezahlt, wenn sich der Arbeiter vergeblich an den Werkmeister oder Prinzipal gewendet hat. Jede teilweise oder gänzliche Betriebsstörung entbindet den Arbeitgeber von dieser Verpflichtung.

2. Für Hilfeleistung bei Akkordarbeiten zwecks schnellerer Fertigstellung wird ein Lohnzuschlag von 20 Proz. bezahlt für den betr. Helfer, solange dessen Mithilfe dauert. Der gleiche Zuschlag ist auch für Fertigstellung solcher einzelner Stücke zu bezahlen, die mit anderen Stücken zusammen akkordiert waren und einzeln fertiggestellt werden sollen.

3. Der Lohn des Arbeiters wird nach 8 Tagen festgesetzt. Um das zeitraubende Zahltagswesen zu vereinfachen, wird nicht mehr allwöchentlich gerechnet, sondern dem Arbeiter der wöchentliche Abschlag gewährt, dagegen wird jede Woche nach Beendigung des Akkords abgerechnet.

Die Garantie des Lohnes wird versuchsweise auf ein Jahr für diejenigen Arbeiter, welche 6 Wochen im Geschäft tätig sind, eingeführt.

4. Ueberstunden finden nur in äußerst dringenden Fällen statt und werden in der Regel nur über 57 Stunden bezahlt, ausgenommen davon ist unverschuldete Zeitversäumnis, insofern der Arbeiter rechtzeitig den Werkführer oder Prinzipal davon verständigt hat.

Bei Ueberstunden tritt werktäglich ein Aufschlag von 20 Proz. und bei Sonntagsarbeit von 33 Proz. ein.

Dieser Vertrag tritt mit dem 1. April in Kraft.

Mit der Anerkennung dieses Tarifs haben die Arbeiter der Möbelfabrik Veihl u. Cie. einen wesentlichen Erfolg errungen.

**Ein zweiter Beleidigungsprozeß,** über dessen Ausgang wir schon kurz berichteten, kam am vergangenen Mittwoch vor dem Schöffengericht zum Austrag. Angeklagt waren die drei Redakteure der hiesigen Presse wegen Beleidigung des Abg. Emil Eichhorn. Die Ursache der Klage des Gen. Eichhorn waren Beleidigungen in sogenannten Eingesandts in allen drei Zeitungen, wie sie nur bei dem Tiefstand der hiesigen Presse möglich sind, und die sich auch ein Sozialdemokrat, sei er noch so sehr an die Praktiken der Gegner gewöhnt, nicht gefallen lassen kann. Im Herbst v. J. war eine stadträtliche Vorlage in Aussicht, welche für die städtischen Arbeiter eine neue Arbeitsordnung, sowie eine Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung vorsah. Speziell die Arbeitsordnung nun erregte bei den organisierten städtischen Arbeitern lebhaftes Mißtrauen, da eine teilweise erhebliche Verschlechterung der bestehenden Arbeits- und Lohnverhältnisse durch dieselbe herbeigeführt werden sollte. Um das Linsengericht der Altersversorgung waren die heutigen, zum Teil durch einen Streik errungenen Verhältnisse doch zu billig verkauft. Dieser Stimmung gab Eichhorn in einer Versammlung städt. Arbeiter lebhaften Ausdruck. Ein Bericht des Pforzheimer „Anzeiger" über die Auslassungen Eichhorns, eigentlich nur eine Sammlung der kräftigsten Ausdrücke, gab die Veranlassung zu einer Hetze gegen unsern Genossen. Unter dem Deckmantel anonymer Eingesandts verspritzten einige jener verächtlichen Gesellen, die zu feig sind, ihre Namen zu nennen, ihr Gift und ihren Geifer, und bemühten sich, den Anschein zu erwecken, als befinde sich Eichhorn im Gegensatz zur Ansicht der organisierten Arbeiterschaft. Auch in eigenen Artikeln tat sich der Redakteur Weber vom „Städt. Tagblatt" hervor, wohl um den gründlichsten Nachweis zu erbringen, daß sein Umschwung vom Verfechter sozialdemokratischer Kandidaturen bis zum Führer des antisozialdemokratischen Landsturms ein vollendeter sei. Eichhorn war es sich selbst und den von ihm vertretenen Arbeitern schuldig, dieser verleumderischen Hetze durch eine Klage ein Ende zu machen.

In der heutigen Verhandlung versuchten die Beklagten den Nachweis zu liefern, daß die Wohltaten der

## Theater, Kunst und Wissenschaft.

Br. **Hoftheater.** Eine angenehme Abwechslung in der Reihe der bisher wenig glücklichen Gastspiele brachte uns gestern das Auftreten des Herrn Hermann Jadlowker vom Stadttheater in Riga als **Faust.** Der Künstler errang gestern einen durchschlagenden Erfolg. Die überaus sympathische, in allen Lagen gleichmäßig kräftige Stimme von gefangen nehmendem Wohlklang, hilft den Sänger, soweit das gestrige Gastspiel auch ein Urteil über seine darstellerischen Fähigkeiten zuließ, für den eventuellen Nachfolger des scheidenden Herrn Remond als mindestens durchaus geeignet erscheinen. Wie wir von anderer Seite hören, soll Herr Jadlowker bereits engagiert sein und zwar mit einem die bisherigen Gagenverhältnisse für dieses Fach hier weit übersteigenden Honorar.

* * *

**Spielplan des großh. Hoftheaters.**

**Von Sonntag, den 19. März bis mit Freitag, 24. März 1905.**

Sonntag, 19. März. B. 43. **„Die Fledermaus."** Operette in 3 Akten nach Meilhac und Halévys „Reveillon" bearbeitet von C. Haffner und R. Genée. Musik von Joh. Strauß. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Montag, 20. März. A. 44. **„Die Hugenotten."** Große Oper mit Ballet in 5 Akten von Scribe. Musik von Meyerbeer. Raoul: Hermann Jadlowker vom Stadttheater in Riga als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Dienstag, 21. März. C. 44. **„Das goldene Kreuz",** Oper in 2 Akten nach dem Französischen des H. Mosenthal, Musik von Ignaz Brüll. Bombardon: Franz Roha vom Nationaltheater in Berlin. — **„Phantasien im Bremer Ratskeller",** phantastisches Tanzbild frei nach Hauff von Emil Graeb, Musik von Steinmann. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Donnerstag, 23. März. A. 45. **„Zar und Zimmermann",** komische Oper in 3 Akten von Lortzing. Van Bett: Franz Roha vom Nationaltheater in Berlin als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, 24. März. B. 44. **„Großstadtluft",** Schwank in 4 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Dr. Crusius: Robert Hartmann vom Stadttheater in Elberfeld als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende auch 9 Uhr.

Vorlage des Stadtrats für die Arbeiter nun verloren seien durch die Schuld Eichhorns. Dieser Versuch mißlang jedoch gänzlich. Durch zwei Stadtverordnete wurde zeugeneidlich bestätigt, daß die Vorlage zurückgezogen sei, um in einer Kommission unter Berücksichtigung von etwa 20 Abänderungsanträgen der sozialdemokratischen Fraktion einer Umwandlung unterzogen zu werden. Die Verhandlung entbehrte nicht einiger bezeichnender Zwischenfälle.

So suchte Redakteur Klemm darzutun, daß ihm die Absicht der Beleidigung ferngelegen habe, durch die Tatsache, daß er die schroffsten Wendungen in den betreffenden Eingesandts im Gegensatz zu den anderen beiden Zeitungen weggestrichen habe. Beim Sühnetermin habe er Eichhorn die Zusage gegeben, eine Erklärung in seiner Zeitung zu erlassen, daß ihm die Absicht der Beleidigung Eichhorns ferngelegen habe. Beim Nachhausekommen habe er jedoch das Konzept eines von der sozialdemokratischen Partei aufgegebenen Inserats vorgefunden, das zu einer Versammlung einlud mit der Tagesordnung: „Das Schimpfkonzert der hiesigen Presse." Dies habe ihn bestimmt, die Erklärung zu unterlassen.

Amtsrichter Götz: „Das Inserat haben Sie natürlich nicht in Ihre Zeitung aufgenommen?" Redakteur Klemm: „Doch, es wurde aufgenommen." Amtsrichter: „Darüber muß ich mich aber wundern. Etwas reiner dürften Sie Ihre Zeitung schon halten!"

Ebenso sensationell war die Mitteilung Eichhorns, daß derselbe Mann, der im Herbst verleumderischen, beleidigenden Eingesandts die Spalten seiner Zeitung öffnete, im Januar desselben Jahres ihm eine Mitarbeiterstelle gegen Monatsfixum an derselben Zeitung anbot, was von Eichhorn damals selbstredend abgelehnt wurde.

Die Beklagten hatten durch ihren Rechtsanwalt Brombacher eine Widerklage angekündigt und begründeten dieselbe mit dem sonderbaren Hinweis, daß sie durch Artikel beleidigt seien, welche in der „Leipziger Volkszeitung", im „Volksfreund" und anderswo geschrieben waren. Durch dieses Verhalten der sozialdemokratischen Presse, so meinte der Verteidiger, seien auch die Angriffe auf Eichhorn parakysiert. Die Pforzheimer „liberale" (?) Presse hätte in der Wahrung berechtigter und allgemeiner Interessen gehandelt, wenn sie Eichhorn entgegengetreten sei. Heute könne die Presse sich nicht darauf beschränken, nur für Ideale zu streiten, wenn auch Lassalle, zu dem die Sozialdemokratie als Unfehlbarem aufblicke, dies im Jahre 1848 gesagt habe. (Köstlich ist dieser Ausspruch aus dem Munde eines Mannes, der sich zu den Linksliberalen zählt, köstlich aber auch durch die fröhliche Dokumentierung des Mangels historischen Wissens, das eine Rede Lassalles vom Jahre 1863, in der er das Verbot der Inserate in politischen Zeitungen und deren Verweisung in staatliche oder kommunale Anzeigeblätter verlangte, in völliger Verkennung der Lassalleschen Absicht, eine unabhängige, reine Presse zu schaffen, einfach ins Jahr 1848 verlegt, und gleichzeitig zugesteht, daß der kapitalistische Charakter dieser Presse sie zwingt, einseitige Interessen zu vertreten.)

Das Urteil lautete für Weber vom „Tagblatt" auf 80 Mk. Geldstrafe, Bode vom „Pforzh. Anzeiger" auf 50 Mk. und Klemm vom „General-Anzeiger" auf 20 Mk. Geldstrafe. Die Kosten wurden den Beklagten auferlegt, ebenso dem Kläger die Befugnis zugesprochen, das Urteil in sämtlichen drei Zeitungen zu veröffentlichen.

**Aus dem Stadtrat.** Es wird beschlossen, die allgemeine, öffentliche Arbeitsnachweisanstalt vom 1. April ds. Js. an als städtisches Unternehmen zu behandeln und zur Prüfung der Frage, ob mit dem Arbeitsnachweis ein Wohnungsnachweis verbunden sein soll, eine Sonderkommission einzusetzen. — Bezüglich der Erstellung einer elektrischen Straßenbahn soll über verschiedene Fragen ein Rechtsgutachten von Regierungsrat Dr. Eger in Berlin eingeholt werden.

* * *

* **Durlach,** 16. März. Als am 6. Januar d. J. eine Kommission der ausständigen Schleifer bei dem Direktor der Gritznerschen Fabrik, Herrn Rommel, vorstellig wurde, um ihm die Beendigung des Schleiferstreiks anzuzeigen, erklärte der Herr Direktor: „Was ihre (der streikenden Schleifer) Wiedereinstellung anbelangt, so bin ich im Prinzip nicht dagegen, augenblicklich ist aber alles besetzt!" Derselbe Herr Direktor Rommel erklärte zu Anfang des vorigen Jahres gelegentlich einer Festfeier des Gesangvereins Nähmaschinenbauer: „So lange die Firma in der Lage ist, 12 Prozent Dividende zu verteilen, wird an den Akkordsätzen nicht gekürzt." Im „Durlacher Wochenblatt" vom 25. Februar d. J. war nun folgendes zu lesen: „Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Gritzner A.-G. hat in seiner gestrigen Sitzung auf Antrag der Direktion beschlossen, der auf 7. April einzuberufenden Generalversammlung nach 120,000 Mk. Extra-Abschreibungen die Verteilung von 12 Prozent Dividende **wie im Vorjahre** vorzuschlagen. Dem Unterstützungskonto sollen 10,000 Mk. überwiesen und für Wohlfahrtszwecke weitere 10,000 Mk. zur Verfügung gestellt werden. Der Reingewinn beläuft sich inkl. 46,168.41 Mk. Vortrag aus 1903 auf 674,981.82 Mk."

Also gabs auch 1904 wieder 12 Prozent Dividende! Die feierliche Erklärung beim Fest der Nähmaschinenbauer aber scheint vom Herrn Direktor ganz und gar vergessen worden zu sein. In der Zwischenzeit sind fast in allen Werkstätten Abzüge gemacht worden, sogar auch bei den arbeitswilligen Schleifern, die auf diese Art und Weise ihre „Weihnachtsprämie" doppelt und dreifach retour bezahlen mußten. Auch was Herr Rommel der Schleiferkommission sagte, daß er im Prinzip nichts gegen die Wiedereinstellung der Schleifer habe, daß aber kein Platz vorhanden sei, ist durch die Tatsachen widerlegt. Jetzt wäre Platz vorhanden, denn die unbrauchbaren Arbeitswilligen hat man anderweitig beschäftigt und ein Teil derselben hat dem „Handwerk" den Rücken gekehrt. Man stellt aber keine der ausständig gewesenen Schleifer ein, sondern sucht auswärts, z. B. in Nürnberg Schleifer. Hier am Platze liegen noch zirka 30 Schleifer, worunter 27 Verheiratete, die auf Arbeit warten und gegen deren Wiedereinstellung Herr Direktor Rommel angeblich „im Prinzip" nichts hat. Die Organisation hat offenbar einen Fehler begangen, indem sie nach der Beendigung des Streiks sofort auch die Sperre aufhob, obwohl die Unternehmer ihrerseits noch wochenlang und bis heute noch die Sperre durchführten. Aber nicht nur die Schleifer, auch die übrigen Arbeiter des Betriebes, haben die „Rache des Siegers" zu fühlen. Ueberall hört man Klagen über die Behandlung. Vor einigen Wochen wurden organisierte Arbeiter aufs Pflaster gesetzt, weil sie einigen Verbandsmitgliedern die Beiträge an den Ortskassier besorgten. In einem anderen Falle hatten Arbeiter zu Hause, also außerhalb der Fabrik, ein Renkontre mit einem Arbeitswilligen. Flugs wurden die Arbeiter aufs Pflaster geworfen, weil die Firma ihre Leute schützen müsse. Der Arbeiterausschuß wollte vermittelnd eingreifen, bekam aber eine derartige Antwort, daß die sämtlichen Arbeiterausschußmitglieder ihre Aemter niederlegten. Zwei Monate sind darüber bereits verstrichen, aber ein neuer Arbeiterausschuß ist noch nicht gewählt.

Ein besonders markanter Fall spielte sich vor etlichen Tagen in der Werkstätte des Meisters Semmler ab. Dort wurde ein Arbeiter vor ein aus den Herren Ingenieur Brunn und Werkführer Sauerländer bestehendes Gericht zitiert. Er war beschuldigt, vor einem Jahre gesagt zu haben, daß der Meister Semmler sich von einem ländlichen Arbeiter mit einem Körbchen voll Eier habe „schmieren" lassen. Obwohl der betreffende Arbeiter erklärte, daß er von der Geschichte nichts wisse, erklärte Herr Sauerländer doch kurzerhand: „Sie sind entlassen!" Also ohne allen Beweis, lediglich auf Grund einer Denunziation, die ein gewisser Arbeiter namens Elflein leistete, wurde ein Arbeiter brotlos gemacht. Bei Gritzner möchte man jetzt gar zu gerne die Organisation vernichten; man weiß aber noch nicht recht, wie man die Sache anfassen will. Daher rühren auch die vielen Chikanierungen einzelner Arbeiter. Um noch kurz auf die im Rechenschaftsbericht für 1904 angeführten Summen für Wohlfahrtszwecke und Unterstützungskontons zurückzukommen, wollen wir nur bemerken, daß derartige Dinge gar keinen Wert haben, wenn man den Arbeitern durch Abzüge das ohnehin schmale Einkommen noch weiter kürzt. Wer erwartet hatte, daß die „Sieger" im Schleiferstreik wenigstens die am Streik unbeteiligten Arbeiter in Ruhe lassen würden, der sieht sich heute getäuscht. Uns muß es ja schließlich so recht sein. Vielleicht macht man in der Firma Gritzner im Laufe der Zeit noch die Erfahrung, daß wer Wind sät, Sturm ernten muß.

G. **Blankenloch,** 18. März. Heute Morgen kurz vor 6 Uhr wurden die Einwohner durch Feuerlärm erschreckt. Die der Gemeinde gehörige Mühle steht in Flammen.

* **Appenweier,** 17. März. Auf der Strecke Straßburg-Appenweier wurde heute Nacht bei Legelshurst das Gefährt des Oekonomen Armbruster von Urloffen vom Schnellzug überfahren. Die 2 Pferde wurden getötet. Frau Armbruster und deren Sohn, welche auf den Markt nach Straßburg fahren wollten, kamen wunderbarerweise mit dem Schrecken davon. Die Schuld soll den Bahnwärter treffen, der die Schranke nicht geschlossen hat.

* **Von der Kinzig,** 17. März. Die Kinzig führt Hochwasser. Sie ist an mehreren Stellen über das Ufer getreten und hat weite Strecken überschwemmt.

* **Freiburg,** 17. März. Der bei Zähringen tot aufgefundene Hausierer Fesenmaier dürfte eher einem Unfalle als einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein.

* **Schopfheim,** 17. März. Die 60 Jahre alte Ehefrau des Schmiedmeisters Joh. Gg. Brutschin in Fahrnau fiel in eine Güllengrube und ertrank. — Ebendaselbst hat sich der Fabrikarbeiter Weiß, Vater von sechs Kindern, erhängt.

## Deutscher Reichstag.

(166. Sitzung.)

**Berlin,** 17. März.

Die zweite Lesung des Etats des Reichskanzlers wird fortgesetzt.

Abg. **Haase** (Soz.) will ausschließlich über das **Auswanderungswesen** sprechen. In dieser Beziehung herrschen geradezu unglaubliche Zustände. Die russischen Auswanderer, die die preußische Grenze passieren, wurden genötigt, Schiffskarten der Hamburg-Amerika-Linie zu lösen, gleichviel welches ihr Reiseziel war. Waren die Auswanderer Deserteure, so wurden sie in besonders schamloser Weise eingeschüchtert und über die Grenze abgeschoben, wenn sie keine Karten kauften. Dieses Verfahren ist nicht nur menschlich verabscheuungswert, sondern widerspricht auch den Grundsätzen der Neutralität. Der Redner führt eine Reihe einzelner Fälle an. Als der „Vorwärts" im Sommer vorigen Jahres die Sache zur Sprache brachte und die darin liegende Erpressung scharf geißelte, versuchte die Presse zuerst, die Sache totzuschweigen. Unter der Wucht der Tatsachen wurde aber die bürgerliche Presse zum Sprechen gebracht. Nun versuchte die offiziöse Presse, die Sache zu vertuschen. Die Untersuchungen der Auswanderer seien sanitärer Art. Es seien nur einzelne Mißgriffe vorgekommen. Trotz dieser Beschwichtigungsversuche setzte die Presse, auch die bürgerliche, die Erörterung der Sache fort. Unter anderem wurde ein Fall festgestellt, wo ein Russe, der für ein paar Tage nach Deutschland gekommen war, ebenfalls als Auswanderer festgenommen und erst nach einigen Tagen freigelassen worden sei. Als der Mann gegen den Beamten einen Strafantrag wegen Freiheitsberaubung stellte, wies der Staatsanwalt den Antrag zurück mit der charakteristischen Begründung, daß **jeder Ausländer festgenommen werde, wenn er „der Auswanderung verdächtig" sei.** (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Ausdruck „der Auswanderung verdächtig" spricht Bände. In Ländern, die über das Stadium der Barbarei hinaus sind, steht jedem die Auswanderung frei. Bei uns aber wird jeder verhaftet, den ein Agent der Hamburg-Amerika-Linie als Auswanderer bezeichnet. Das beweist, daß bei uns die Ausländer in der Tat vogelfrei sind. Wenn der Reichskanzler als Hüter der Verfassung seiner Pflicht gerecht werden will, so muß er gegen den preuß. Minister des Innern einschreiten. Unsere Auswanderer haben nicht die Ausbeutungsobjekte kapitalistischer Gesellschaften zu sein. Der Entrüstungsschrei der Unterdrückten macht ja allerdings auf den realpolitischen Reichskanzler keinen Eindruck. Ich zweifle aber nicht, daß die Mehrheit des Reichstages sich in diesen Fällen unserem Appell an die Menschlichkeit anschließen wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Da sich kein Regierungsvertreter zum Wort meldet, ruft Ledebour: Dazu schweigt die Regierung! Hoffmann-Berlin: Was soll sie sagen? (Heiterkeit.)

Graf **Mielczynski** (Pole) versteht nicht, weshalb das Zentrum gegen die Fremdenrechtsresolution seiner Partei stimmen will, und spricht seine Sympathie für die freiheitliche Bewegung in Rußland aus. Die ganze Welt teile diese Sympathie, jeder anständige Mensch müsse sie teilen.

Abg. **Eichhorn** (Soz.): Mit der Bewegungsfreiheit der Deutschen im Inlande ist es noch schlimmer bestellt wie mit unserem nicht vorhandenen Fremdenrecht. Wir haben zwar eine sogenannte Freizügigkeit, aber dies gilt nur, so lange die Polizei es will. Die Reichsgewerbeordnung hat die landespolizeiliche Aufenthaltsbeschränkung aufrecht erhalten. Infolgedessen können z. B. in Preußen und Sachsen frühere Sträflinge von dem Aufenthalt an gewissen Orten ausgeschlossen werden, wenn die Polizei es für nötig hält. Keine Bestimmung gibt es darüber, welche Sträflinge gemeint sind. Die Bestimmung gilt nicht nur für Verbrecher, sie ist häufig auf Personen angewandt worden, die wegen politischer Vergehen bestraft worden waren. Zum Beispiel ist der Abg. Rosenow auf Grund solcher Bestimmungen noch vor wenigen Jahren in Chemnitz interniert worden und dem Abg. Hoffmann in Berlin, der wegen politischer Beleidigung und wegen Preßvergehen bestraft ist, ist vom Polizeipräsidenten in Berlin einmal eine solche Aufenthaltsbeschränkung angedroht worden. Zur Abstellung dieser Mißstände empfehle ich Ihnen die Resolution meiner Partei, die um Vorlegung eines Reichsgesetzes ersucht, durch welches die landesgesetzliche Beschränkung aufgehoben und Erleichterung für die Aufnahme von Angehörigen eines solchen Bundesstaates in einen anderen Bundesstaat geschaffen wird. Wir wollen aber nicht nur Freizügigkeit, sondern auch die staatsrechtlichen Konsequenzen der Freizügigkeit. Es soll niemand durch die Freizügigkeit an der Ausübung des staatsbürgerlichen Rechtes behindert werden. Diese ist immer an die Staatsangehörigkeit gebunden, so daß jemand, der von der Freizügigkeit Gebrauch macht, Gefahr läuft, seine staatsbürgerlichen Rechte zu verlieren, wenn er in einen andern Bundesstaat geht. Darunter leidet der Arbeiter, der an den Erwerb seiner Hände gebunden ist. Solches Unrecht ist ein Schlag ins Gesicht der Einheit des Reiches. Die Landesparlamente sind die Sitze der Reaktion, wie ein Blick auf Preußen und Sachsen lehrt, und daraus erklärt sich auch das Bestreben, das Schwergewicht nach Möglichkeit aus dem Reichstag in die Landtage zu legen. Daher die Scheu vor einem Reichsberggesetz! Darum wird die Berggesetzfrage in den Landtag verlegt. Daher die Scheu vor einem Reichsvereins- und Versammlungsgesetz! Daher keine fortschrittlichen Reformen des Verkehrswesens! Wenn nun wenigstens der Erwerb der Staatsangehörigkeit nach Möglichkeit erleichtert würde! Aber alle Chikanen der Polizei, die auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes möglich sind, werden auch bei Anträgen auf Erwerb der neuen Staatsangehörigkeit mit übernommen. Eigentlich wird nichts weiter verlangt als ein Meldeschein, der der Behörde besagt, daß der Ansuchende in den Staatsverband aufgenommen zu werden wünscht und sich in dem neuen Staat niedergelassen hat. Wozu wird bei der Aufnahme in den Staatsverband nach der Religion gefragt? Warum wird gefragt, ob der Ansuchende selbstständig ist oder nicht. Auch das Militärverhältnis, wo und wann er gedient hat, hat mit der Staatsangehörigkeit nichts zu tun und so wird nach vielem ganz überflüssig gefragt. Ebenso schwierig wie die Aufnahme in einen deutschen Landesverband ist die Renaturalisation. Ein Schwede kam als 11jähriger Knabe nach Preußen, lebte hier 23 Jahre, hatte 5 Kinder und betätigte sich niemals politisch. Dann wurde entdeckt, daß er Schwede war, aber die schwedische Angehörigkeit verloren hatte, weil er nicht in die Matrikel eingetragen war. Er kam um die preußische Staatsangehörigkeit ein und wurde abgewiesen. Dagegen erklärte man sich bereit, den Sohn zu neutralisieren, falls er sich als militärtauglich erweisen sollte! Sie sehen aus diesen Darlegungen, welche Mißstände auf diesem Gebiet vorliegen. Nehmen Sie diesen Antrag an und wälzen Sie damit die Verantwortung auf die Regierung ab, wenn die aller Kultur hohnsprechenden Zustände noch weiter fortdauern.

Graf **Posadowsky** erklärt: Gestern wurde mehrfach behauptet, das preußische Ansiedelungsgesetz widerspreche dem Artikel 111 der Reichsverfassung. Dem gegenüber weise er auf Artikel 3 des Einführungsgesetzes des Bürgerlichen Gesetzbuches hin, wonach Eigentums-Beschränkungen in öffentlichem Interesse von den Einzelstaaten angeordnet werden dürfen. Dann ging man auf die Kontrollstationen ein. Diese sind Landeseinrichtungen, welche aus rein sanitätspolizeilichen Gründen entstanden sind. Der Staat habe die Pflicht, sich gegen die nachteiligen Folgen der Durchwanderung seuchenverdächtiger Personen zu schützen. Das tue das freie Amerika in weit größerem Maße als wir. Wir schufen die Kontrollstationen, weil die Einzelstaaten nicht die Lasten für die Auswanderer tragen können. Mit dem sanitären Interesse geht also Hand in Hand das armenpolizeiliche Interesse. Vielleicht kamen vereinzelt Mißgriffe vor, wie immer bei großen Einrichtungen. Aber die Kontrollstationen als solche sind absolut notwendig. Die eben begründete Resolution will zunächst eine Erleichterung der Aufnahme Reichsdeutscher in Einzelstaaten. Diese könnte nur durch Erlaß von Bedingungen der Niederlassung in dem Staate erleichtert werden. Dafür könne er ein Bedürfnis nicht anerkennen. Sicherheitspolizeiliche Beschränkungen sind absolut notwendig. Der Resolution können wir nicht zustimmen. Die Resolution Gröber erregt ernste staatsrechtliche Bedenken. (Beifall.)

Abg. **Spahn** (Ztr.) meint, die Kontrollstationen bewährten sich gut. Weiter bemerkt Redner dem Reichskanzler, daß die Polen den Streik nicht angefangen haben, sondern die preußische Verwaltung. Er bedauert dann, daß das deutsche Volk nicht mehr Kraft in seiner Kolonisation hat, wie im Mittelalter. Wir kommen auch darüber nicht hinweg, daß das Ansiedelungsgesetz einen Eingriff in das Privatrecht bedeutet.

Abg. **Bernstein** (Soz.): Die Versicherung des Reichskanzlers, daß wir strikte Neutralität gegenüber Rußland wahren, würde uns einigermaßen befriedigen, weil eine Einmischung der Regierung, wenn sie eintreten würde, doch eine solche wäre, die uns nicht gefällt. Aber ist es mit einer strikten Neutralität vereinbar, daß man das Regierungssystem eines anderen Landes beispielsweise durch die Hebung seiner Finanzlage positiv zu schützen sucht? Zahlreiche Kenner der russischen Finanzen haben nachgewiesen, daß die russischen Finanzen vollkommen zerrüttet sind. Das hat z. B. ein im Dienst der deutschen Regierung befindlicher Mann wie Herr Dr. Paul Rohrbach dargelegt. Trotzdem Rußland vor dem Staatsbankrott steht, sind merkwürdigerweise die russischen Kurse ziemlich stabil geblieben; das kommt daher, daß die Hochfinanz besonders auch in Berlin alles getan hat, um die russischen Kurse zu stützen. In weiten Kreisen ist die Vermutung verbreitet, daß hinter diesen Operationen der Hochfinanz die deutsche Regierung steht. Den deutschen Besitzern russischer Papiere bringen diese Manipulationen keinen Nutzen. Auf die Dauer wird Rußland seine Zinsen garnicht aufbringen. Deshalb nimmt es immer neue Anleihen auf, um nur die Zinsen zahlen zu können. Das muß schließlich zum Zusammenbruch führen. Durch die Operationen der Hochfinanz wird das Publikum in falsche Sicherheit gewiegt. Wir machen uns mitschuldig an der Fortsetzung der Massenschlächterei in Ostasien, die den Zaren und seine Helfer zu Verbrechern stempelt. (Vizepräsident Paasche ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Wenn das kein Verbrechen ist, dann sollten wir das Wort Verbrechen überhaupt aus unserem Lexikon streichen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Vizepräsident Paasche: Wenn Ihre Worte eine Kritik dessen sein sollen, was ich gesagt habe, so rufe ich Sie zum zweitenmale zur Ordnung. Sie haben kein Recht, den Zaren einen Verbrecher zu nennen! Lebhafter Beifall rechts, Zurufe bei den Sozialdemokraten: **Der Zar ist ein Verbrecher!** Große Unruhe im ganzen Hause.) Bedenken Sie doch, welche grauenhaften Massenschlächtereien jetzt in Ostasien erfolgen. Und das soll man ruhig mit ansehen (Lärm rechts) und sogar unterstützen? Ich bin der Ansicht, man muß alles tun, um dieses System zu stürzen oder wenigstens ihm den Kredit zu entziehen. (Andauernde Unruhe rechts. Lebhafte Zustimmung links.) Und vor allem muß die Ansicht beseitigt werden, daß hinter diesen Manipulationen der Hoch-Finanz die deutsche Regierung stehe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.)

Reichskanzler Graf **Bülow** erklärt, es sei richtig, daß vor einiger Zeit eine russische Anleihe in Berlin aufgenommen worden sei; das war aber eine reine Privatsache. Bei den guten Beziehungen zu Rußland läge für die deutsche Regierung keine Veranlassung vor, der russischen Anleihe entgegenzutreten und eine solche in Deutschland zu verhindern. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Japan beabsichtige, bei uns eine Anleihe aufzunehmen, so werden wir ihm auch keine Schwierigkeiten machen. Solche Besorgnisse, wie sie Bismarck vor 20 Jahren hatte, daß das von Rußland aufgenommene Geld für Rüstungen gegen Deutschland verwendet werde, bestehen heute nicht mehr. Uebrigens ließ Bismarck bei Beginn des türkisch-russischen Krieges eine Anleihe in Deutschland zu, und 1884 oder 85 ließ er öffentlich die russische Anleihe in Deutschland empfehlen. Als Bismarck der russischen Anleihe in Deutschland entgegentrat und ein Berliner Blatt schrieb: „Vielleicht würde Rußland bald wieder von der Regierung empfohlen", da schrieb Bismarck an den Rand des Artikels: „Natürlich, immer nach Bedürfnis". (Heiterkeit.) Sodann erklärt Graf Bülow, an die Bemerkungen des Abg. Spahn anknüpfend, nochmals die Ostmarkenpolitik der Regierung und betont entschieden, daß sie lediglich gegen die großpolnische Agitation sich richte, aber nicht konfessionelle Zwecke verfolge.

Weiter wird in der Debatte die Polenpolitik behandelt; es beteiligen sich daran die Abg. **v. Tiedemann** (Rp.), Graf **Mielczynski** (Pole), **Büsing** (natl.), **Haase** (Soz.) und **v. Oldenburg** (kons.).

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky** weist nochmals die polnischen Beschwerden zurück. Der Entwurf der Abänderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes liege auf seinem Schreibtisch.

Abg. Dr. **Spahn** (Zentr.): Das Gefühl der religiösen Verfolgung sei unleugbar.

Abg. Dr. **v. Jazdzewski** (Pole): Man habe stufenweise die den Polen garantierten Rechte in Gesetzgebung und Verwaltung abgebröckelt.

Abg **Gröber** (Zentr.) bedauert sehr, daß die Regierung seine Resolution ablehne.

Reichskanzler Graf **Bülow** tritt den Ausführungen der polnischen Redner entgegen. Die Polen hätten durch ihre Beteiligung an Aufständen Sonderrechte verwirkt. Die preußische Regierung hätte in den 40er, 50er und 90er Jahren wiederholt eine Politik der Versöhnung gegen die Polen versucht. Gewisse Annäherungsversuche der polnischen Fraktion an die preußische Regierung seien, wie er glaube, nicht aus bestem Herzen hervorgegangen. Die Herren sprechen von Kulturkampf; in dieser Richtung könnten unsere katholischen Mitbürger keine Beschwerden erheben. (Widerspruch im Zentrum.) Die polnisch-katholische Bevölkerung habe trotz der Ansiedelungsgesetze im Verhältnis zur deutsch-evangelischen stärker zugenommen. Deshalb werde das Staatsministerium und er selber auch weiterhin das Deutschtum im Osten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen.

Hierauf wurden die Resolutionen Spahn, Gröber und Albrecht angenommen und der Rest des Etats erledigt.

Es erfolgt der Etat des Auswärtigen Amtes. Auf eine Anregung des Abgeordneten Dr. Eickhoff (freis. Vp.) bemerkt Staatssekretär Frhr. v. Richthofen, das beste wäre, wenn Krupp und Ehrhardt sich für Lieferungen ans Ausland irgendwie verständigten.

Der Etat wird bewilligt.

Morgen 1 Uhr Kolonialetat.

## Die Revolution in Rußland.

w. **Warschau,** 17. März. Der Ausstand hat in mehreren Fabriken wieder begonnen.

w. **Jurjew** (Dorpat), 17. März. Zur Unterdrückung der Bauern-Unruhen auf zwei Gütern am Peipussee, an denen einige Hundert Bauern teilnahmen und bei denen es zur Einäscherung von Gebäuden gekommen ist, ist Militär von hier ausgerückt.

## Der Krieg zwischen Russland und Japan.

**Tokio,** 17. März. Die Japaner haben bei Tieling viele Gefangene gemacht. Die Russen haben dort bedeutende Vorräte zerstört.

**Tokio,** 17. März. Marschall Oyama meldet, daß sich in Tieling große Eisenbahn-Anlagen befinden, ähnlich denjenigen in Liaojang. Große Mengen Proviant und Futter waren in der Nähe gelagert, wovon $^2/_3$ von den Russen verbrannt wurde; die Beute ist groß, aber noch nicht gezählt. Zahlreiche Gefangene sind auf dem rechten Flügel gemacht worden, die genaue Anzahl ist aber noch nicht gemeldet.

w. **London,** 18. März. „Daily Telegr." meldet aus Tokio vom 16.: Der Ministerpräsident habe in einer Rede, die er in einer Versammlung von Finanzleuten hielt, gesagt, es sei schwer, das Ende des Krieges vorauszusehen. Die Russen gänzlich zu besiegen, werde eine außerordentlich schwere Aufgabe sein. Sie verlange, daß die ganze japanische Nation einig sei. Ich hoffe ferner, daß die Finanzleute die Regierung in hochherziger Weise unterstützen. Das bisherige Ergebnis des Krieges sei günstiger, als man habe voraussehen können. Als Japan den Krieg begann, sei es so gewesen, als ob man im Begriffe sei, durch das Tor der Hölle einzutreten. Alles sei unsicher gewesen, aber die Einmütigkeit der Nation habe zu einer ununterbrochenen Reihe von Siegen geführt, sowohl zu Wasser als auch zu Lande. Zahlreiche in Japan wohnende Fremde haben für die innere Anleihe gezeichnet.

w **Petersburg,** 18. März. Unter dem Vorsitz des Reichsratsmitgliedes General Roop wurde eine Kommission zu dem Zwecke eingesetzt, die Bedingungen der Kapitulation von Port Arthur klar zu legen und über Stössel zu Gericht zu sitzen.

w. **Petersburg,** 17. März. Die Petersb. Tel.-Agent. meldet aus Tschantafou von heute: General Kuropatkin reiste heute Abend nach Petersburg ab. General Linewitsch übernimmt das Amt des Oberbefehlshabers.

w. **Tananarivo** (Madagaskar), 17. März. Das russische Geschwader, das bisher bei Nossibi lag, ging gestern Nachmittag von dort mit unbekannter Bestimmung in See.

### Die japanische Flotte bei Singapore.

**London,** 16. März. Die „Daily Mail" meldet aus Singapore: Ein japanisches Geschwader, bestehend aus den gepanzerten Kreuzern „Kasagi" unter Kapitän Yamaya mit der Flagge von Admiral Dewa und der „Chitose", ferner den Hilfskreuzern „Amerikamaru" und „Yawatamaru" traf am Mittwoch Morgen in Singapore ein und ankerte außerhalb des Dreimeilenrayons. 18 andere Kriegsschiffe waren einige 20 Meilen weiter östlich nahe dem Leuchtturm von Horsborough bei der Einfahrt in die Meerenge. Zwei Offiziere landeten und sprachen mit dem japanischen Konsul. Das Geschwader fährt bald wieder ab, da es nichts braucht. Die Offiziere sind wenig mitteilsam. Das Ziel des Geschwaders wird nicht verraten; wahrscheinlich ist es die Sundastraße.

## Letzte Post.

w. **Paris,** 17. März. (Deputiertenkammer.) Die Vorlage betreffend die zweijährige militärische Dienstzeit wurde mit 519 gegen 32 Stimmen in der vom Senat beschlossenen Fassung angenommen. Die Kammer beschloß, am nächsten Dienstag die Beratung des Gesetzentwurfs über Trennung von Kirche und Staat zu beginnen.

## Vereinsanzeiger.

**Durlach** (Sozialdemokr. Verein). Samstag, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag. Thema: Die politische Schulung der Arbeitermassen. Ref.: Gen. Horst. 1019

NB. Die Restanten werden daran erinnert, daß die Beiträge, welche nicht bezahlt sind, eingeholt werden.

**Pforzheim** (Gruppe 2 und 3). Montag den 20. März, abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag in der „Kaiserblume". Volksfreundleser sind ebenfalls willkommen. 1011

## Briefkasten.

**J. J., hier.** Für die Stadtverordnetenwahl ist wahlberechtigt, wer seit zwei Jahren a) im Stadtbezirk wohnt, b) das 24. Lebensjahr zurückgelegt und einen eigenen Hausstand hat, c) keine Armenunterstützung bezogen hat, d) seine Steuern bezahlt hat.

**H. N., Durlach.** Hauptstraße 31.

**B., Waldkirch.** Davon ist uns nichts bekannt.

**K. H., Todtnau.** Nein, das Gewerbegericht in Freiburg ist nicht zuständig. Ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

**C. W., Schiltach.** Das wissen wir nicht. Schreiben Sie einen eingeschriebenen Brief an die Firma.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Aus Baden, Deutschland, Ausland, Parteinachrichten, Feuilleton und Telegramme: Wilh. Kolb; für den übrigen Teil: Albert Willi; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Volkshygiene!

Für 30 Pfg. ein

Wannenbad

im Friedrichsbad. 3233

Jeden Donnerstag

von morgens $^1/_2$8 bis abends $^1/_2$9 Uhr.

## Pforzheim.

**Arbeitergesangverein „Freiheit“.** **Männergesangverein „Wilhelmshöhe“.**

Sonntag den 19. März, nachmittags 4 Uhr

# Grosses Konzert

im Saale des „Brauhauskeller“.

**Programm 30 Pfg.**

Hierzu laden wir unsere Freunde und Genossen höflichst ein.

Die Vorstände.

**Mitglieder haben freien Eintritt.**

NB. Der Ueberschuß fällt der Bundeskasse zu.

---

Pforzheim.

# Auf Abzahlung

werden 1010

# 1000 Anzüge

welche neu eingetroffen sind, billigst abgegeben

Telephon 1396 **J. Ittmann** Telephon 1396

westliche Karl-Friedrich-Strasse No. 42.

---

# Festhalle.

Morgen Sonntag den 19. März, nachmittags 4 Uhr

## Streich-Konzert

**(Opern- und Operettenmusik)**

gegeben von der Kapelle des

**1. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14.**

Leitung: Königl. Musikdirigent H. Liese.

**Eintritt:** { Abonnenten 20 Pfg. / Nichtabonnenten 60 Pfg. 1018

Soldaten und Kinder je die Hälfte.

Programm 10 Pfg.

---

# Credithaus Ittmann

jetzt

# Lammstr. 6

(Schlosseite). 1024

---

# Konserven:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Schnittbohnen | 2 Pfd.-Dose von | 32 | Pfg. an. |
| Gemüse-Erbsen | 2 „ „ „ | 40 | „ „ |
| Schnittspargel | 2 „ „ „ | 70 | „ „ |
| Stangenspargel | 2 „ „ „ | 100 | „ „ |
| Mirabellen | 2 „ „ „ | 60 | „ „ |

Sämtliche anderen

**Gemüse- u. Früchte-Konserven**

in größter Auswahl

laut Spezial-Preisliste

empfehlen

## Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. 1015.3

**Werderplatz 34a, Telephon 1951,**
**Karlstraße 28, Telephon 947,**

schräg gegenüber dem Ludwigsplatz.

Bei größeren Bestellungen Lieferung ins Haus.

---

Erstes Elsässer Waren- und Restengeschäft von

**Waldstrasse 26 C. F. KOPF beim Colosseum**

**VORHÆNGE** schmal und breit und abgepasst.

**Möbelstoffe, Store** abgepasst und am Stück in allen Breiten. 1021

**Tüllstore in sehr schönen Mustern.**

**Moll** und sonstige Stoffe für **Waschtoiletten.**

---

**2 tüchtige Bauschreiner**

finden dauernde Beschäftigung bei 1001

**J. Frühwald,**

Georg-Friedrichstraße 12.

---

**Drechslerlehrling.**

Ein kräftiger Junge kann an Ostern eintreten. 1032

**Konr. Finck,**

Karlsruhe, Akademiestraße 22.

---

**Wegen Wegzug**

preiswert zu verkaufen:

1 Sofa, 1 Bett, 1 Schrank, 3 Tische, 2 Stühle, 2 Hocker.

**Mühlburg,** Lameystraße 7, Hinterh., parterre. 1008

---

# Th. Zenker

Kaiserstrasse 65

beim Polytechnikum

empfiehlt

**Hüte, Mützen,** für Herren, Knaben und Mädchen, **Schirme, Stöcke, Kravatten, Hosenträger, Handschuhe, Kragen, Manschetten etc. etc.**

## Konfirmandenhüte

Gediegene Ware. 1023 Billigste Preise.

---

In sehr großer Auswahl

# Konfirmanden-Anzüge

**in Cheviot- und Kammgarn-Stoffen,** 1027

erprobte solide Fabrikate in bester Verarbeitung,

zu M 12, M 14, M 17, M 20, M 24, M 28 bis M 42

Der streng feste Preis ist überall deutlich aufgedruckt.

# Adolf Stein

**Kaiserstrasse 74, am Marktplatz.**

---

**Im Ausverkauf**

wegen Geschäftsveränderung

Samstag den 18. März

**Ausnahme-Tage**

für echte Silberwaren:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Spazierstöcke | von M | 3.— | an. |
| Serviettenringe | „ „ | 2.— | „ |
| Schirmgriffe | „ „ | 2.— | „ |
| Becher | „ „ | 5.— | „ |
| Liqueurbecher | „ „ | 3.— | „ |
| Schwedenhülsen | „ „ | 3.— | „ |
| Bonbonieres | „ „ | 3.— | „ |
| Feuerzeuge | „ „ | 4.— | „ |
| Moccalöffel | „ „ | 2.50 | „ |
| Herrenketten | „ „ | 4.— | „ |
| Damenketten | „ „ | 3.80 | „ |
| Schlüsselketten | „ „ | 6.— | „ |
| Kettenarmbänder | „ „ | 3.— | „ |
| Taschenmesser | „ „ | 2.20 | „ |
| Broschen | „ „ | —.80 | „ |
| Anhänger | „ „ | —.30 | „ |

1026 **Erbprinzenstraße 21.**

---

**Für Brautleute!**

Zwei hochhäupt. Bettladen, 2 Röste in Fasson gearb., 2 bess. Matratzen, 2 Polster, 1 Nachttisch mit Marmorplatte, Waschkommode mit Marmorplatte, 1 Chiffonniere, 1 viereckiger Tisch mit Eichenplatte, 4 Stühle, 1 Sofa, 1 Kommode, 1 Spiegel, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 2 Hocker sind um den spottbilligen Preis von 350 Mark zu verkaufen. Mit 2 Deckbetten, 4 Kissen 80 Mk. höher. Die Sachen sind alle neu und alles poliert, kann auf Wunsch auch zurückgestellt werden. Näh. Waldstr. 14, parterre. 1020

---

**Zus. 64 000 Mk.**

**Baares Geld liegt auf der Strasse**

will jeder verdienen, jedoch wissen die Meisten nicht, woran es ist das nicht so leicht und dass sie auf keinen grünen Zweig kommen.

Versuchen Sie Ihr Glück deshalb nur mal mit Frankfurter Pferdelosen à 1 Mk. Dieselben liegen nicht sondern sind zu haben in **Karlsruhe** bei

**Carl Götz,** Bankgeschäft.

Ziehung: 5. April.

---

**Achtung!** 1029

**Diejenigen Abonnenten** des illustrierten Familienblatts „Nach Feierabend“ mit dreifacher, kostenloser Unfallversicherung in Karlsruhe und Umgebung, die in letzter Zeit ihre Hefte von der bisherigen Vertretung **nicht regelmässig erhalten haben,** wollen sich mit ihren Reklamationen an die unterzeichnete Buchhandlung wenden, worauf umgehend pünktliche und regelmäßige Weiterlieferung erfolgt.

Karlsruhe: Kronenstraße 53 u. Zeitungskiosk beim Hotel „Germania“.

**Buchhandlung Georg Kraus,**

Vertreter von „Nach Feierabend“.

---

**Glückwunsch!**

Unserem alten Parteigenossen und Sangesbruder 1031

**Wilhelm Müller**

zu seinem 40. Geburtstag ein herzliches Glückauf von seinen Freunden Flößer, Wunsch, Nitschky, Ebrecht u. von seinem Schlafwächter.

---

**Kinder-Kleider**

sowie sämtliche

**Baby-Artikel**

empfehle in nur guten Qualitäten zu äußerst billigen Preisen.

**Leop. Wipfler,**

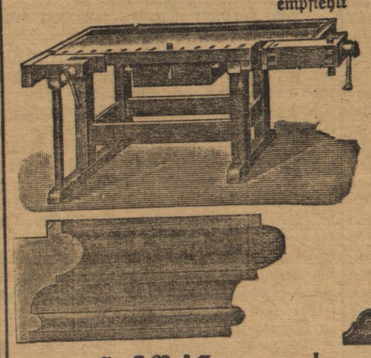
Ecke Luisen- u. Wilhelmstr.

---

# Marx Gutmann, Karlsruhe,

**Kronenstrasse 25,** 1016

empfiehlt



**Hobelbänke**
**Hobel, Zwingen**
**Gehrungssägen**
**Gehrungsstoßladen**
**Stechbeitel**

sowie alle zur Holzbearbeitung nötigen Werkzeuge.

**Kehlleisten** in allen Holzarten, sowie **Bilderleisten**

**Aufsätze, Gesimse Consols, Tischfüße Bettfüße** roh und poliert.

**Beschläge, Griffe, Schilder** in Goldbronce, Nickel 2c. **Alle Arten Schlösser.** Sargbeschläge, in großer Auswahl bei billigsten Preisen.

---

**Für Confirmanden**

empfehle ich in sehr großer Auswahl bei billigsten Preisen

Hüte, Cravatten, Kragen, Hemden, Schuhe sowie Schirme, Mützen usw.

Kriegstrasse 14. **J. Körner** Kriegstrasse 14.

**Herrenartikelgeschäft.** 1025

**Familia-Rabattmarken werden ausgefolgt.**

---



**Konfirmanden-Anzüge**

Größte Auswahl am Platze.

Preise billig aber streng fest.

An den Sonntagen bleiben meine Verkaufsräume nur von 11 bis 2 Uhr geöffnet.

1022

**N. Breithaupt**

Karlsruhe, Kaiser- und Herrenstr.-Ecke.